

Grüne werben für eine Garantierente

Alterssicherung: Beate Müller-Gemmeke hatte zum Podium „Wie steht es um die Altersversorgung?“ eingeladen.

Reutlingen. Grünen-Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke hatte zum Podium „Wie steht es um die Altersversorgung?“ eingeladen. Es diskutierten Verdi-Landesbezirksleiter Martin Gross und Markus Kurth, rentenpolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion.

Immer weniger Menschen können sich auf eine Rente verlassen, die auskömmlich ist. Ein Rentensystem, das nicht mehr funktioniert, verliere an Vertrauen und Legitimität. „In unserer reichen Gesellschaft dürfen wir das nicht zulassen. Wer lange gearbeitet hat, der hat im Alter ein Leben in Würde verdient“, so Beate Müller-Gemmeke eingangs.

Martin Gross, Initiator des „Baden-württembergischen Bündnisses gegen Armut im Alter“, sprach von einer sozialen Zeitbombe. „Wer den Mindestlohn erhält, muss 58,7 Jahre Vollzeit arbeiten, um im Alter mehr als Grundsicherung zu erhalten. Das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal.“ Auch Markus Kurth forderte konsequente Reformen: „Die gesetzliche Rentenversicherung ist für uns das Fundament, das muss gestärkt werden und dafür haben wir in der Rentenkommission ein Maßnahmenpaket entwickelt“.

Das Rentenniveau müsse mindestens bei 50 Prozent liegen, forderte Gross, denn die private Altersvorsorge habe versagt und könne die Kürzungen bei der gesetzlichen Rente nicht ausgleichen. Die Grünen wollen das Rentenniveau auf dem heutigen Niveau stabilisieren. „Wir brauchen zusätzlich eine steuerfinanzierte verlässliche Garantierente gegen Altersarmut“, so Kurth, „wer lange eingezahlt hat, soll auch eine Rente über Grundsicherungsniveau erhalten und zwar ohne Bedarfsprüfung, ganz automatisch“.

Einigkeit bestand darin, dass alle, auch Selbstständige und Abgeordnete, in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden müssen. Martin Gross bezeichnete dies als „Erwerbstätigenversicherung“, Markus Kurth als „Bürgerversicherung“. Der Zusammenhalt der Generationen kann nur funktionieren, wenn alle solidarisch einzahlen.

Gross verwies darauf, dass niedrige Löhne, Zeiten der Arbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigungsverhältnisse wie Solo- und Scheinselbstständigkeit, unterbrochene Erwerbsbiografien, Gründe für Armut im Alter seien, von denen Frauen besonders häufig betroffen sind. Auch Kurth bemängelte, dass das Angebot an prekärer Arbeit groß sei. Befristungen, Leiharbeit, Arbeit auf Abruf oder Minijobs – das sind alles Beschäftigungsformen, die Korrekturen benötigen.

Die anschließende Diskussion machte deutlich, dass die Verwerfungen bei der Rente Ausdruck sind von der Ungleichheit bei den Einkommen und Vermögen.